

www.sozialismus.de 36. Jahrgang Heft 5/2009 € 6,20 C 12232 E

# Sozialismus

Krise: Licht am Ende des Tunnels?  
Zur politischen Strategie der Linken

Forum  
Gewerkschaften  
Neujustierung von Wirtschaft & Staat  
Paragrafenwall um das Eigentum  
LINKE Wirtschaftspolitische Alternativen  
Argentinien: Revitalisierung der Gewerkschaften?

Redaktion Sozialismus: »Das Alte stirbt und das Neue kann nicht zur Welt kommen« (Gramsci). Zur politischen Strategie der Linken | Joachim Bischoff: Licht am Ende des Tunnels? Über den Charakter der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise | Karl Georg Zinn: Deutsche Autoliebe. Die Abwrackprämie als sozialökonomisches Studienobjekt | AG Alternative Wirtschaftspolitik: Von der Krise in den Absturz. Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung – aus dem Memorandum 2009

Christina Ujma: Italien – die linke Gewerkschaft CGIL organisiert den sozialen Protest | Klaus Dräger: Europäische Linke – kreuz und quer (zu Schirdewan) | Jörg Cezanne/Jasmin Romfeld: Selbst der eigenen Bank vertrauen nur noch 52%... Krise und Alltagsbewusstsein | Michael Schlecht: DIE LINKE: Wirtschaftspolitische Alternativen

Wolfgang Rhode: Handlungs-

möglichkeiten für Gewerkschaften in Zeiten der Krise | Udo Achten: Wie schützt man einen Bienenstich? Oder: Ein Paragrafenwall um das Eigentum

Guido Speckmann: Freihandel und Protektionismus (nicht nur) in Krisenzeiten | Johannes Schulten: Argentinische Gewerkschaften zwischen Revitalisierung und segmentiertem (Neo-) Korporatismus | Harald Neubert: Kenntnisreiche Komintern-Geschichte (zu Alexander Vatlin) | Elisabeth Benz: Luxemburg und die Demokratiefrage (zu Ottokar Luban) | Marion Fisch: So glücklich war ich noch nie (Filmkritik) | Supplement: Peter Brödner/Friedrich Carl/Cornelia Heintze/Paul Oehlke/Gerd Peter/Karl Georg Zinn: Das nordische Modell – eine Alternative?

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-; Abo: € 62,- (erm. € 44,-),  
Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg,  
Fax 040/28 09 52 77-50  
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

## Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie

### Markt und Plan: die Wiederkehr einer alten Debatte

Beim Marktsozialismus handelt es sich um keine einheitliche politische oder ökonomische Theorie<sup>1</sup>. Vielmehr firmieren unter dieser Bezeichnung verschiedenste Modelle, in denen zentrale Steuerung, Planung und staatliche Regulierung mit Konkurrenz und freien Märkten kombiniert werden. Den gemeinsamen Nenner, auf den sich zumindest ein Großteil der marktsozialistischen Konzepte bringen lässt, hat János Kornai folgendermaßen formuliert: „Marktsozialismus = Staatseigentum + Marktkoordination“ (Kornai 1990: 406)<sup>2</sup>. Nachdem die Diskussion über sozialistische Modelle in den frühen 1990er Jahren – als Reaktion auf die ökonomische Transformation der ehemaligen Sowjetrepubliken – noch einmal auf breiter gesellschaftlicher und akademischer Basis geführt worden war, war einige Jahre lang keine Rede mehr davon. Die globalisierungskritische Bewegung brachte zwar wieder eine Kritik an der deregulierten Marktwirtschaft mit sich, insbesondere der liberalisierten Finanzmärkte, doch ging diese nicht mit einer Auseinandersetzung über die möglichen Kombinationen von Markt und Sozialismus einher. Die in dieser Bewegung dominante Tendenz war und ist die Vorstellung eines regulierten Kapitalismus, in welchem ‚der Markt‘ wieder in die Gesamtgesellschaft ‚eingebettet‘ werden soll<sup>3</sup>, die Wirtschaft dem Primat der Politik unterstellt wird und den Interessen der Gesellschaft dient. Von staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum, Arbeiterkontrolle und -emanzipation ist hier wenig bis gar nicht die Rede. Unter anderem Namen tauchten marktsozialistische Ideen auch in den letzten Jahren vereinzelt auf. Etwa bei Arno Peters, der sein Konzept einer geplanten Ökonomie als *Computer-Sozialismus* bezeichnet, welcher auf dem Prinzip des Austausches von Äquivalenten, Gütern gleichen Werts entsprechend der für

- 1 „Den Konzeptionen der sozialistischen Marktwirtschaften entsprechen unterschiedliche Bezeichnungen; sie werden als sozialistische Plan- und Marktwirtschaften, Konkurrenzsozialismus, Marktsozialismus, Marktsyndikalismus, dezentralisiert oder indirekt zentralisierte sozialistische Funktionsmodelle, dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus oder einfach als Neuer Ökonomischer Mechanismus bezeichnet“ (Leipold 1975: 8).
- 2 Die Übersetzungen der Zitate aus englischen Ausgaben wurden von mir vorgenommen.
- 3 In Anlehnung an die Ausführungen von Karl Polanyi in *The Great Transformation* (1944).

ihre Herstellung aufgewendeten Arbeitszeit, basiert. „Wenn man [...] den Computer-Sozialismus von seiner ökonomischen Dimension her als äquivalente Planwirtschaft bestimmen kann, so liegt in dieser Definition keine Aussage über die Eigentumsverhältnisse. Der Computer-Sozialismus setzt nicht die Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeinbesitz voraus. Er entzieht nur den Eigentümern durch die Planwirtschaft die Verfügung über Art und Menge der Produktion sowie durch das Äquivalenzprinzip die Festsetzung der Preise und Löhne“ (Peters 2000: 43-44). In ähnlicher Weise argumentiert Heinz Dieterich für seinen *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* (2006).

Während die Transformation der ehemals realsozialistischen Länder des Ostblocks zur kapitalistischen Marktwirtschaft als abgeschlossen bzw. unumkehrbar gelten kann, ist die Thematik der Kombination von Markt- und Planwirtschaft nun für zwei andere Weltregionen von aktueller Bedeutung: Das ist einerseits China, das von vielen Wissenschaftlern (Bergmann 1996, Herrmann-Pillath 1995, Bischoff 2007 et al.) als praktisches Exempel einer sozialistischen Marktwirtschaft bezeichnet wird, und andererseits Venezuela<sup>4</sup> (vgl. Wagenkecht 2004). Das bolivariische Venezuela befindet sich seit Jahren in einer Übergangsphase, deren Ausgang – in Richtung Sozialismus oder Restauration des Kapitalismus – längst nicht entschieden ist. Derzeit koexistieren in Venezuela verstaatlichte Betriebe unter Kontrolle der Beschäftigten mit privaten Unternehmen, die allesamt in einer nach wie vor kapitalistischen Wirtschaftsordnung agieren.

Aus diesem Grund – der Aktualität der Entwicklungen in China und Venezuela – sowie angesichts der derzeitigen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Debatte über marktsozialistische Modelle (historische wie zeitgenössische) erneut relevant und könnte an politischer Bedeutung zunehmen. In diesem Artikel fokussiere ich hauptsächlich die historische und theoretische Dimension des Gegenstandes. Dabei stellt sich die Frage, welche historische Rolle den Konzepten des Marktsozialismus zugewiesen werden kann. Die Betrachtung der wichtigsten Diskurse zu diesem Thema zeigt, dass die Debatte zumeist durch eine äußere Herausforderung (theoretischer oder praktischer Art) provoziert wurde und auf einen ideologischen und praktischen Kompromiss zweier Wirtschaftsordnungen abzielte.

Aus jeweils unterschiedlichen Gründen befanden und befinden sich marktsozialistische Theoretiker häufig in einer defensiven Position, in welcher nach einer Modifikation bestehender Wirtschaftsmodelle (entweder ausgehend vom Kapitalismus oder vom Realsozialismus) gesucht wird – dies gilt besonders für die Ansätze seit den 1980er Jahren.

Im 19. Jahrhundert setzte sich Pierre-Joseph Proudhon für die Verbesserung

4 Auch in Kuba könnten die Auseinandersetzungen der verschiedenen Kräfte in der Kommunistischen Partei in den nächsten Jahren möglicherweise die Frage größerer politischer (auch systemischer) Verschiebungen aufwerfen.

der sozialen Lage des Industrieproletariats mittels Errichtung einer Tauschbank ein. Gegenüber der herrschenden kapitalistischen Klasse bleibt er jedoch versöhnlich, es geht ihm lediglich um die Modifikation einzelner Aspekte – vor allem im Tausch- und Währungssystem.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts – in den 20er Jahren – wird der sich in der Sowjetunion entwickelnde Sozialismus von westlichen liberalen Ökonomen (Ludwig von Mises, später Friedrich August von Hayek und die Österreichische Schule) auf theoretischer Ebene herausgefordert. Die darauffolgende Reaktion des sozialistischen Lagers kann sich – aufgrund der stabilisierten und verbesserten Position der Sowjetunion – auf einen relativ starken politischen und ideologischen Rückhalt stützen.

Der Vorwurf der liberalen Theoretiker (Mises/Hayek), in einer sozialistischen Ökonomie könne es aufgrund fehlender Marktpreise niemals wirtschaftliche Effizienz geben, wird von Oskar Lange und Abba Lerner abgewehrt – zwei Sozialisten, die sich für eine stärkere Rolle von Märkten in der sozialistische Ökonomie – im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplanes – einsetzen. Durch die richtige Kombination von Markt und Plan könne, so ihre Argumentation, die Effizienz des Sozialismus jene der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht nur erreichen, sondern weit übertreffen.

Einige Jahrzehnte später, in den 1950er, 60er und 70er Jahren, stellt sich die Effizienz- und Innovationsfrage aufgrund der konkreten wirtschaftlichen Probleme erneut: Nach anfangs hohen Wachstumsraten stagnieren verschiedene Ökonomien des realsozialistischen Machtblocks, und Reformen werden gefordert. Die bürokratische Kommandowirtschaft wird zunehmend als innovationsfeindlich und statisch angesehen; diesen Defiziten soll durch marktwirtschaftliche Anreize abgeholfen werden. In diesem Kontext gehe ich exemplarisch auf Jugoslawien und Ungarn ein.

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtblocks befinden sich die Marktsozialisten in einer ausgesprochen defensiven Position, in welcher versucht wird, einige Aspekte des Sozialismus in den Kapitalismus zu integrieren. Die Wichtigkeit und Funktionsfähigkeit des freien Marktes wird nun auch von (ehemals) Linken weitgehend eingestanden. Um die negativen Auswirkungen einer völlig deregulierten Marktwirtschaft abzufedern, wird jedoch eine gewisse staatliche Steuerung (etwa in den Bereichen Bildung und Gesundheit) gefordert.

Da sich die Alternative „Markt oder Sozialismus“ in einigen Ländern derzeit wieder stellt (Venezuela, China), soll die historische Debatte dieses Gegenstandes in diesem Artikel erneut aufgerollt werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, aufgrund welcher Umstände es zur Entwicklung marktsozialistischer Konzepte kam. Welche Probleme sollten damit gelöst werden? Sind Markt und Sozialismus nicht unvereinbar? Ich vertrete die These, dass es sich beim Marktsozialismus um einen ideologischen Kompromiss handelt, der weder in der Theorie noch in der Praxis überzeugen konnte.

## Karl Marx versus Pierre-Joseph Proudhon: Kritik am Konkurrenzsozialismus

Erste wichtige Beiträge zur Debatte über die Rolle des Marktes in einer sozialistischen Gesellschaft lieferten Pierre-Joseph Proudhon (1846) und Karl Marx mit seiner Kritik an Proudhon (1847). Proudhon, der auch als erster Marktsozialist bezeichnet wird, entwarf auf der Grundlage der Ricardianischen Arbeitswerttheorie sein Konzept einer gerechten Tauschökonomie. Der Marktpreis von Produkten solle ihrem tatsächlichen Wert entsprechen, der sich aus der zur Herstellung aufgewendeten Arbeitszeit ergibt. „Arbeit wird in dem Maße zu einer Garantie von Wohlbefinden und Gleichheit, wie das Erzeugnis jedes Einzelnen in einem Verhältnis zur Menge aller anderen Erzeugnisse steht, denn sie tauscht bzw. kauft immer nur einen Wert ein, der demjenigen Wert gleichkommt, der in ihr steckt“ (Proudhon 1846: 94). Marx fasst diese Auffassung Proudhons wie folgt zusammen: „Alle Menschen sind Lohnarbeiter, und zwar für gleiche Arbeitszeit gleich bezahlt. Vollständige Gleichheit beherrscht den Tausch“ (MEW 4: 82). Jeder Produzent arbeitet für sich allein, ist sein eigener kleiner Unternehmer und muss auf dem Markt mit anderen Anbietern konkurrieren, denn: „Die Konkurrenz ist die Lebenskraft, die das Gruppenwesen beseelt; sie zerstören hieße die Gesellschaft töten“ (Proudhon 1846: 182). Dieser Sozialismus der Kleinbürger, wie Marx ihn bezeichnete, ist ein Sozialismus „auf der Grundlage kleiner Warenproduzenten, die die Gesellschaft nicht verbessern wollen, indem sie die Warenproduktion verwerfen, sondern indem sie den Austausch von Waren bereinigen“ (McNally 1993: 139).

Treffend fasst McNally die Ansichten von Proudhon zusammen: Ausbeutung ist das Resultat eines verzerrten Wettbewerbs, durch Ungerechtigkeit im Tausch, „ein Produkt von Monopolen und eine Verletzung der wahren Prinzipien des Warentausches. Unter dem herrschenden System, behauptet er, ‚bestehen Rechtswidrigkeit und Verlogenheit‘, ein Problem, das sich beispielsweise in Monopolen und der Pervertierung ‚aller Vorstellungen von Tauschgerechtigkeit‘ zeigt. Die Wirkung dieser Marktabweichungen ist, dass ‚der Preis von Gütern nicht ihrem WERT entspricht: der Preis ist höher oder geringer je nach dem Einfluss, der zwar der Gerechtigkeit entgegensteht, den jedoch das existierende wirtschaftliche Chaos entschuldigt – der Wucher‘. [...] So betrachtet wird Ausbeutung zur Folge von Marktungleichheit – die auf- und abwertende Abweichung des Preises vom Wert“ (McNally 1993: 141f., die Zitate im Zitat stammen von Proudhon). Durch die Befreiung des Marktes von Monopolen und ungerechten Privilegien könne jedoch – so Proudhon – eine gerechte, auf Äquivalenten beruhende Tauschwirtschaft etabliert werden.

Aus Marxscher Sicht hat diese mutualistische Ökonomie gravierende Nachteile: So bietet eine derartige Gesellschaft (zumindest im Proudhonschen Modell) kaum Möglichkeiten zur technologischen Weiterentwicklung, da die Investiti-

onen in Forschung und Entwicklung mehr Kapital erfordern, als ein einzelner Kleinkapitalist anhäufen kann. Des Weiteren tendiert auch die mutualistische Tauschökonomie, da das Konkurrenzprinzip aufrechterhalten bleibt, zur Konzentration von Marktanteilen infolge des Bankrotts einzelner Produzenten durch den Konkurrenzkampf. „Die Konkurrenz zwingt den Produzenten, das Produkt von zwei Stunden ebenso billig zu verkaufen wie das Produkt einer Stunde. Die Konkurrenz führt das Gesetz durch, nach welchem der Wert eines Produktes durch die zu seiner Herstellung notwendige Arbeitszeit bestimmt wird. Die Tatsache, daß die Arbeitszeit als Maß des Tauschwertes dient, wird auf diese Weise zum Gesetz einer beständigen Entwertung der Arbeit“ (MEW 4: 94-95). Durch die Freisetzung von Arbeitskräften steigt die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen. Da Proudhon Koalitionen, Gewerkschaften und jegliche Art organisierter politischer Aktivität der Lohnabhängigen ablehnt, ist die Atomisierung der Gesellschaft in miteinander konkurrierende Individuen komplett und unterscheidet sich nur sehr undeutlich von der Spaltung der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft. Marx setzt dieser Vorstellung das gemeinsame Interesse und Vorgehen der Arbeiterklasse entgegen. So solle nicht jeder Produzent den ‚vollen Arbeitsertrag‘ erhalten, da die Arbeiterklasse zwar insgesamt, aber nicht jeder für sich einen Reservefonds benötigt, aus welchem Investitionen in Produktionsmittel sowie soziale Dienstleistungen (Bildung, Gesundheitsfürsorge, etc.) finanziert werden sollen. Vorausgesetzt werden kollektive Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die sich nicht aus der Summe der Einzelentscheidungen der Konsumenten ableiten lassen. Dem gesellschaftlichen Eigentum und der demokratischen Arbeiterkontrolle – sowohl auf der Mikroebene (Betrieb) als auch auf Makroebene (Gesellschaft) – bei Marx stehen individuelle Produktion und Marktkonkurrenz bei Proudhon gegenüber.

## Ökonomische Rationalität im Sozialismus

In der internationalen Arbeiterbewegung setzte sich am Ende des 19. Jahrhunderts gegen die sozialistisch-anarchistischen Strömungen, die eine dezentralisierte Äquivalenzökonomie propagierten, die marxistische Variante durch, bis es schließlich zu einer Loslösung der reformorientierten, sozialdemokratischen Strömung kommt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es erneut zur Diskussion marktsozialistischer Elemente – etwa bei den Austromarxisten, aber auch in der Sowjetunion, wo sich die konkrete Frage stellte, wie eine sozialistische Wirtschaft zu organisieren sei. Die anstehenden Probleme der sowjetischen Ökonomie (vor allem die Güterknappheit nach dem Krieg, aber auch andere konkrete Fragen der Umstellung eines rückständigen Landes auf eine sozialistische Planökonomie) lösten zu Beginn der 20er Jahre eine Auseinandersetzung aus, die durch das Spannungsfeld zwischen dem Ziel einer marktfreien sozialistischen Gesellschaft und der ökonomischen sowie politischen Realität des Landes nach dem Bürgerkrieg bestimmt wurde. „Rückgriffe auf den Marktme-

chanismus erschienen als vorübergehende Konzessionen, die aufgrund der noch ungenügend entwickelten sozio-ökonomischen Bedingungen gerechtfertigt waren. Die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus werde deshalb auch länger dauern, – besonders in den unterentwickelten Ländern [...]“ (Brus/Łaski 1990: 65). Im Jahr 1921 wird der so genannte Kriegskommunismus der Sowjetunion durch die Neue Ökonomische Politik (NÖP) abgelöst, die die Wirtschaft liberalisierte und Marktelemente sowie materielle Anreize, die die Motivation heben sollten, einführte. Diese Maßnahmen sollten kurzfristig zur Steigerung des Wirtschaftswachstums dienen. Dieses äußerst umstrittene Wirtschaftsprogramm, das für eine Übergangsperiode eine gemischte Ökonomie mit Markt- und Planelementen installierte, wurde bereits nach wenigen Jahren durch die zentrale Kommandowirtschaft ersetzt. Die Phase zwischen 1921 und 1927 in der Sowjetunion gilt als das erste Experiment einer sozialistischen Marktwirtschaft (vgl. Leipold 1975: 14).

In der westlichen Welt stieß ein 1920 veröffentlichter Artikel von Ludwig von Mises (*Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*), dessen Positionen insbesondere durch Friedrich August von Hayek (1937, 1945, 1947) weiterentwickelt wurden, die Debatte über ökonomische Rationalität im Sozialismus erneut an. Die Kalkulation ist aus Mises' Sicht die Grundlage jeder rationalen Produktion, sie erfordere jedoch einen über den Markt hergestellten Preismechanismus. Tatsächliche Marktpreise gebe es laut Mises nur in einer Gesellschaft, deren Produktionsmittel in privater Hand sind, da, so fasst es McNally zusammen, „Produktionsgüter keinen rationalen Marktpreis haben werden, solange sie nicht von privaten Produzenten verkauft und von privaten Firmen gekauft werden, deren einziges Kriterium die Profitmaximierung mittels Preiswettbewerb ist. Daraus folgt [...], dass der Markt keine Ökonomie regulieren kann, in der es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln, keine Konkurrenz, marktbestimmte monetäre Preise und Profitmaximierung gibt“ (McNally 1993: 173). Den zentralen Planern fehle die nötige Information über Angebot und Nachfrage der relevanten Produktionsfaktoren. „Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung“ (Mises 1920). Somit kommt Mises zu dem Schluss: „Sozialismus ist Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft“ (ebd.). Hayek entwickelt diese Theorie von Mises weiter, wobei er „nicht die theoretische Möglichkeit rationaler Ressourcenallokation in einer sozialistischen Wirtschaft“ bestrittet, „sondern die Möglichkeit einer zufriedenstellenden praktischen Lösung für dieses Problem“ (Lange 1948: 62). Hayek geht insbesondere auf die Frage des Wissens bzw. der Information ein (vgl. Hayek 1945). Die unzähligen Entscheidungen von Individuen, die Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen haben, können nicht von einer zentralen Einheit erfasst werden: „Das Wissen, von dem ich hier spreche, ist von solcher Art, dass es nicht in Statistiken erfasst werden kann und folglich kann es auch an keine zentrale Autori-

tät weitergeleitet werden“ (ebd.). Jede Veränderung in den gegebenen Umständen (qualitativer, räumlicher oder ähnlicher Art) kann individuelle Entscheidungen signifikant beeinflussen, wodurch eine Fülle von Informationen angehäuft wird, die eine zentrale Stelle weder sammeln noch auswerten könnte. Er schließt daraus, dass nur das dezentralisierte Preissystem in einer Konkurrenzökonomie die komplexen Entscheidungsumstände der unabhängigen Individuen dergestalt kommunizieren könnte, dass ein rationales Wirtschaften mit annähernd optimaler Ressourcenallokation möglich wäre.

Die zentralen sozialistischen Opponenten von Mises und Hayek waren in den 1930er und 1940er Jahren Oskar Lange und Abba Lerner (1934)<sup>5</sup>. 1936/37 entwarf Lange ein Konzept des Konkurrenzsozialismus, in welchem bei staatlichem Eigentum und Marktelementen eine rationale Ressourcenallokation erreicht werden sollte. Peterhoff fasst die Annahmen von Langes Konzept folgendermaßen zusammen (vgl. Lange 1936/37, 1948: 75ff.):

- „1. Es bestehen freie Märkte für Konsumgüter sowie den Faktor Arbeit; die Preise für diese Güter bilden sich nach Angebot und Nachfrage; eine freie Konsumgut- und Arbeitsplatzwahl ist garantiert.
2. Die Preise für Produktionsfaktoren – mit Ausnahme des Faktors Arbeit – werden von einer staatlichen Zentrale festgesetzt. [...]
3. Die zentrale Planbehörde bestimmt die Größe der Investitionsquote.
4. Die sozialistischen Unternehmen streben nicht nur nach Maximierung ihres Gewinns. Zusätzlich werden ihnen von der zentralen Planbehörde zwei Normen vorgegeben [...]: a) ‚Minimalkostenkombination‘ und b) ‚Produktpreis gleich Grenzkosten‘ bei gegebenem Output<sup>6</sup>.
5. Produktion und Verteilung der Produktionsfaktoren bestimmen sich durch die Konsumentenpräferenzen“ (Peterhoff in Leipold 1975: 161).

Dieses marktsozialistische Modell ist nach der Ansicht von Lange und Lerner der privatkapitalistischen Marktwirtschaft in Bezug auf Rationalität weit überlegen. Durch die Mitwirkung der einzelnen Unternehmen an einem gesamtgesellschaftlichen Plan komme es im Gegensatz zur anarchischen kapitalistischen Produktion zu einer optimalen Allokation der vorhandenen Ressourcen. Die zentral festgelegten Preise der Produktionsfaktoren bilden als Kalkulationspreise die Grundlage für die Produktion (vgl. Giesbrecht 1987: 76f. und Brus/Łaski 1990). Das Management der Betriebe wird angehalten, die Kalkulationspreise der Zentrale als tatsächliche Marktpreise anzunehmen und auf dieser Basis Kostenminimierung und Gewinnmaximierung anzustreben. Kommt es zu einem Ungleichgewicht, korrigiert die zentrale Planungsbehörde die Preise in derselben Weise wie ein kapitalistischer Markt: durch trial and error.

- 5 Ihr Konzept eines Konkurrenzsozialismus ist auch als *Lange-Lerner-Lösung* bekannt geworden. Die Auseinandersetzung um die ökonomische Rationalität des Sozialismus in den 1920er, 30er und 40er Jahren ging als *Kalkulationsdebatte* in die Geschichte der Politischen Ökonomie ein.
- 6 Unter Minimalkostenkombination versteht man die kostengünstigste Kombinierung der Produktionsfaktoren bei gegebenem Output. Grenzkosten bezeichnen die zusätzlichen Kosten, die bei der Produktion einer weiteren Einheit eines Gutes entstehen.

„Die Zentrale Planungsbehörde übernimmt die Funktion des Marktes. Sie erstellt die Regeln für die Zuteilung der Produktionsfaktoren und die Outputgrößen einzelner Anlagen, den Output einer Industrie, die Verteilung der Ressourcen und die Preise als Parameter für die Kalkulation. Als nächstes legt sie die Preise so fest, dass sich ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage für jede Ware einstellt. Daraus folgt, dass die Substituierung des Marktes durch die Planung durchaus möglich und machbar ist“ (Lange 1936/37, 1948: 82f.). Im Prinzip handele es sich um eine komplexe, aber zu lösende Rechenaufgabe<sup>7</sup>. Zutreffend kommentiert Roemer:

„Während der 1930er Jahre, als Lange und Hayek über Marktsozialismus schrieben, erlebte die Sowjetunion eine rasante Industrialisierung. Es gab in jenem Land offensichtlich Vollbeschäftigung, während in der kapitalistischen Welt Arbeiter und Maschinen unbeschäftigt blieben. Aus diesem Grund schrieb Hayek aus einer defensiven Position, während Lange das Gefühl bekommen konnte, bei seinem Vorschlag handle es sich lediglich um den Feinschliff eines sozialistischen Systems, das ganz offensichtlich das Gesicht der Zukunft war“ (Roemer 1994: 2).

Im Abschnitt über die marktsozialistischen Debatten der 1980er und 90er Jahren werden wir sehen, wie sehr die veränderte politische Situation – der ökonomische Niedergang und die politische Auflösung des sozialistischen Machtblocks – die theoretische Debatte über unseren Gegenstand beeinflusst hat. Im Folgenden sollen die Probleme des marktsozialistischen Konzepts in der Praxis anhand konkreter Beispiele erläutert werden.

### Marktwirtschaftliche Reformen in realsozialistischen Ländern: die Beispiele Jugoslawien und Ungarn

In den 1950er Jahren erstarkten marktsozialistische Ideen auch wieder in den realsozialistischen Ländern des Ostens. So vor allem in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Im jugoslawischen Fall waren es vor allem politisch-ideologische Motive, während man in den anderen Ländern mit den ökonomischen Leistungen der Kommandowirtschaft unzufrieden ist (vgl. Giesbrecht 1987).

„Anfang der sechziger Jahre wurde die mangelnde ökonomische Effizienz der Systeme zentraler Planung in verschiedenen Ländern deutlich erkennbar. Negative Zuwachsraten des Sozialprodukts bildeten den Anlaß verstärkter Reformtätigkeiten, die durch das politische Tauwetter begünstigt wurden. Die Reformer hoben die Eignung der zentral-administrativen Planungssysteme für die Aufbauphase industriell wenig entwickelter Volkswirtschaften hervor, in denen Arbeitskräfte und Naturreserven reichlich verfügbar und die Bedürfnisstruktur anspruchslos wären. Sobald die Phase des extensiven Wachstums abgeschlossen und die Auslastung des volkswirtschaftlichen Apparates erreicht sei, erfordere ein weiteres Wachstum rationelle Produktionsverfahren, intensive Fortschritte und flexible betriebliche Anpassungen an die sich differenzierende Bedürfnisstruktur. Diesen Bedingungen könne das zentrale Planungssystem jedoch nicht genügen. Die Lösung sah man daher in der Dezentralisierung der Planungsbefugnisse und der Nutzung von Marktbeziehungen“ (Leipold 1975: 16).

<sup>7</sup> Darauf greift Arno Peters in seinem Modell eines Computer-Sozialismus zurück.

In Jugoslawien kommt es nach dem Bruch Titos mit Stalin zu einer völligen Umstrukturierung der Ökonomie. Die zentrale Planwirtschaft soll durch selbstverwaltete Betriebe, die zueinander in Konkurrenz stehen, und weitgehende Marktwirtschaft ersetzt werden. Die Reformpolitik, erarbeitet von Djilas, Kardelj und Kidric, wird bereits 1950 im *Grundgesetz über die Verwaltung von Wirtschaftsunternehmen und höheren Wirtschaftsvereinigungen durch die Arbeitskollektive* gesetzlich festgeschrieben. Die neue Verfassung von 1963 und die Wirtschaftsreform von 1965 treiben diesen Weg voran.

Die einzelnen Unternehmen erstellten fortan ihre eigenen betrieblichen Pläne, die sich im Rahmen eines makroökonomischen Gesellschaftsplans bzw. der so genannten gesellschaftlichen Absprachen frei bewegen konnten. Die Firmen waren zwar laut Verfassung von 1963 gesellschaftliches Eigentum, sie wurden jedoch den Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens „zur autonomen Verfügung und Nutzung“ überlassen (Eger/Leipold in Leipold 1975: 26). „Der sozio-ökonomische Inhalt des Gesellschaftseigentums kommt darin zum Ausdruck, daß die unmittelbaren Produzenten über den Einsatz der Produktionsmittel im betrieblichen Kombinationsprozeß entscheiden und die Erträge der gemeinsamen Arbeit untereinander verteilen können“ (ebd.). Am Beispiel der jugoslawischen Selbstverwalterwirtschaft hat sich jedoch gezeigt, dass die betriebliche Arbeiterverwaltung noch keine sozialistische Gesellschaft ausmacht.

Die Verwaltung der jugoslawischen Betriebe wurde von vier Organen ausgeübt: dem Arbeitskollektiv, dem Arbeiterrat, dem Verwaltungsausschuss und dem Direktor. Die Direktoren sollten eine Doppelfunktion erfüllen, indem sie einerseits für den unternehmerischen Erfolg ihrer Firma verantwortlich waren und andererseits gesamtgesellschaftliche Interessen in ihrem Betrieb zu vertreten hatten. Da die Direktoren von den Beschäftigten ihrer Firma gewählt wurden (durch den Arbeiterrat, der aus 15 Personen bestand) und zudem am Gewinn derselben beteiligt waren, konzentrierten sich die Direktoren de facto auf das unternehmerische Interesse zuungunsten des gesamtgesellschaftlichen.

Das erwirtschaftete Einkommen der Unternehmen wurde nach Abzug der Kosten auf die Beschäftigten aufgeteilt, in Form von Steuern und Sozialbeiträgen an den Staat abgegeben und zuletzt in die verschiedenen Unternehmensfonds (Investitions-, Reserve- und Sozialfonds) eingezahlt (Giesbrecht 1987: 85). Für die Beschäftigten gab es ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen, das jedoch durch ein leistungsbezogenes Einkommen nach einer Punktesystem (Ausbildung, Schwere der Tätigkeit, Länge der Betriebszugehörigkeit usw.) ergänzt wurde. Auf diese Weise wurden die individuellen Einkommen vom ökonomischen Erfolg des Unternehmens abhängig. Rob Lyon macht diese Tatsache dafür verantwortlich, dass sich die Entscheidungssouveränität in den Betrieben zunehmend von der Ebene der Beschäftigten zu den Managern und Direktoren verlagerte. Eine umfassende empirische Untersuchung von Obradovic zwischen 1966 und 1969 ergab, dass die tatsächliche Partizipation der

Arbeiter und Arbeiterinnen dem ideellen und in der Verfassung festgeschriebenen Anspruch der Selbstverwaltung keineswegs entsprach. Die Konkurrenz der selbstverwalteten Betriebe beeinflusste demgemäß auch die innerbetriebliche Ordnung: „Diese Firmen und Unternehmen betrieben Werbung und unternahmen alles, was sie konnten, um ihre Profite zu erhöhen. Es war dieses Streben nach Profiten, das zur Vorherrschaft der Unternehmensmanager und Spezialisten über die Arbeiter führte“ (Lyon 2006). Die hohe Gewinnbeteiligung der Firmenleitungen führte des Weiteren zur Etablierung eigenständiger ökonomischer Interessen, die zunehmend in Gegensatz zur staatlichen Regierung gerieten. Versuche der Staatsführung, in den 1970er Jahren aufgrund gesellschaftlicher Proteste Teile der Marktreflexionen zurückzunehmen, scheiterten am Widerstand der Manager und Direktoren, die ein unmittelbares Interesse daran hatten, die Gewinne ihrer autonomen Betriebe nicht in Form von Steuern und Zinsen an den Staat oder an andere Regionen abzugeben. Die Konkurrenz der autonomen Betriebe und die fehlende zentralstaatliche Planung führten in Jugoslawien zu einer sehr unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Regionen; so war das Einkommensniveau in Slowenien in den 1960er Jahren sechs Mal höher als im Kosovo. Die ökonomische Krise, die in den 70er Jahren begann und in den 80er Jahren zu einem wirtschaftlichen Kollaps führte, bildete einen Nährboden für nationalistische Bewegungen, die die Interessen der ungleich entwickelten Regionen Jugoslawiens aufbauschen und politisch instrumentalisieren konnten.

Nach der weitgehenden Liberalisierung des Kapitalmarktes nahmen jugoslawische Unternehmen in den 70er Jahren in großem Umfang Kredite bei westlichen Banken auf, die später nicht zurückgezahlt werden konnten. Eine enorme Auslandsverschuldung, hohe Inflation und eine hohe Arbeitslosigkeit waren die Folge.

Die Beschäftigten eines Unternehmens konnten nicht gekündigt werden und durch die Beteiligung am Gewinn der Firma hatten sie ein Interesse daran, so wenig neue Mitarbeiter wie möglich einzustellen, da sich auf diese Weise das persönliche Einkommen verringert hätte. Die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit des sozialistischen Jugoslawiens zeigt die verheerenden Folgen dieses marktsozialistischen Modells: Auch wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb ihrer Firmen mehr Mitbestimmungs- und Entscheidungsmacht besaßen als in den westlichen kapitalistischen Ländern, führte die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmen, Branchen und Regionen zu einer Spaltung der arbeitenden Bevölkerung. Anstatt ein gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterklasse zu fördern (wie es der Anspruch des Sozialismus ist), führte der jugoslawische Konkurrenzsozialismus zu einer Atomisierung der Arbeiterklasse; das Interesse des eigenen Unternehmens stand über den Interessen der Beschäftigten in anderen Betrieben und über den Bedürfnissen der Arbeitslosen (vgl. Pierson 1995: 121f.).

„Und so stellt sich die Frage: Regiert die Arbeiterklasse die Gesellschaft, wenn sie durch vereinzelte Firmen und Unternehmen atomisiert ist, die die Investitionen und die Reproduktion kontrollieren? Oder dann, wenn die Arbeiterklasse als Ganze durch den Staat die Kontrolle über Investitionen und Reproduktion ausübt? Offensichtlich trifft der letztere Fall zu. Im jugoslawischen Modell herrschte die einzelne profitorientierte Firma und nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur die verstaatlichte, demokratisch geplante Wirtschaft garantiert die Kontrolle der Arbeiter über die Gesamtökonomie anstelle nur einer einzelnen Branche oder Fabrik“ (Lyon 2006).

In Übereinstimmung mit der Theorie des Marxismus geht Lyon davon aus, dass die Emanzipation der Arbeiterklasse nur als Ganzes, in einer gemeinsamen Anstrengung erreicht werden könne. Die Assoziation dürfe sich demnach nicht auf einzelne Betriebe oder auch Branchen beschränken, sondern müsse sich auf die demokratische Mitbestimmung und -gestaltung aller Ebenen und Bereiche der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse erstrecken. Weder in Jugoslawien mit seinem System der selbstverwalteten Betriebe, noch in anderen Ländern des Realsozialismus, in welchen es für die Beschäftigten noch weniger Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten gab, konnte diese Vision der kollektiven Assoziation (und dadurch Emanzipation im marxistischen Sinne) verwirklicht werden.

Während im jugoslawischen Marktsozialismus die zentrale Planung bzw. Lenkung zugunsten der dezentralen Entscheidungsfreiheit der Einzelbetriebe in den Hintergrund trat, ging die Einführung des Neuen Ökonomischen Mechanismus (NÖM) zum 1. Januar 1968 in Ungarn nicht mit der Gewährung von Unternehmensautonomie einher.

Das Ziel des ungarischen NÖM war die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz durch die teilweise Implementierung von Marktelementen. Die Kombination von zentraler staatlicher Planung und einem regulierten Marktmechanismus zielte „darauf ab, die Unternehmen mittels geeigneter Anreizschemata profitorientiert zu machen und sie mit ‚Entscheidungsparametern‘ (d.h. mit monetären Größen oder mit Preisen im allgemeinen) zu konfrontieren [...]. Diese Parameter sollten die makroökonomischen Prioritäten der zentralen Planung reflektieren und sie für die Vorgänge auf der Mikroebene in verbindliche Richtlinien übersetzen“ (Brus/Łaski 1990: 102). Die enge Verknüpfung von Politik und Wirtschaft blieb also bestehen, so wurden etwa die Unternehmensleiter (Direktoren) nicht von der Belegschaft gewählt, sondern staatlich eingesetzt. Die Unternehmen blieben außerdem weiterhin in Staatseigentum, der Staat bestimmte den Rahmen der Löhne der Beschäftigten sowie die Investitionspolitik der Unternehmen. Der jugoslawischen formalen Arbeiter-selbstverwaltung stand in Ungarn eine strikte hierarchische innerbetriebliche Struktur gegenüber. Die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen wurden durch die Gewerkschaften vertreten, die nicht viel mehr als Mitspracherechte besaßen, Kollektivverträge aushandelten und die betrieblichen Sozialfonds verwalteten, „das Recht auf Eigentumsverfügung hat der Direktor und nicht das Unternehmenskollektiv erhalten“ (Giesbrecht 1987: 149).

Für das letztendliche ökonomische Misslingen der Markt-/Plan-Kombination in Ungarn machen die beiden polnischen Ökonomen Brus und Łaski – beide in den 1970er Jahren aus politischen Gründen in den Westen emigriert – das Fehlen freier Arbeits- und Kapitalmärkte verantwortlich. Lediglich die Produktmärkte seien liberalisiert worden. „Der Mangel an einem vom Markt geprägten Interessensgegensatz zwischen ‚Käufern‘ und ‚Verkäufern‘ stellt, soweit es um die Arbeitskräfte geht, ein ungeheures Hindernis für die Erzielung eines (vernünftigen) Marktpreises der Arbeitskraft dar und öffnet einer bürokratischen Koordination von sich aus Tür und Tor“ (Brus/Łaski 1990: 105f.). Von der Forderung der beiden Sozialisten Brus und Łaski nach freien, deregulierten Arbeits-, Kapital- und Produktmärkten ist es nicht mehr weit zurück zur Position von Mises und Hayek.

Ihr Buch *Von Marx zum Markt*, in welchem die unzureichende Deregulierung der Märkte für das Versagen der sozialistischen Ökonomie Ungarns verantwortlich gemacht wird, veröffentlichten Brus und Łaski unmittelbar nach den Ereignissen von 1989. Die Affirmation der freien Marktwirtschaft von ehemals sozialistischen oder marktsozialistischen Theoretikern nach dem Ende des Realsozialismus zeigt die tiefgreifende Orientierungslosigkeit und Ernüchterung der Linken, die McNally treffend auf den Punkt bringt:

„Viele in der Linken, die allzu lange ungenügend kritisch gegenüber den stalinistischen Regimes waren, die versucht hatten, sie als sozialistische oder ‚postkapitalistische‘ Gesellschaften darzustellen, haben in verschiedenem Maße vor dieser ideologischen Herausforderung [gemeint ist das Jahr 1989, K.G.] kapituliert – und kehrten als ‚wiedergeborene‘ Marktanhänger zurück. Nun behaupten sie, der große Fehler des Sozialismus wäre seine feindselige Einstellung zum Markt gewesen, der konstruierte Gegensatz von zentraler Planung und Marktallokation [...]. Hierin sehen sie nun den Keim des stalinistischen Totalitarismus [...]. Der Sozialismus hat ihrer Meinung nach nur dann eine Zukunft, wenn er den Markt voll und ganz bejaht“ (McNally 1993: 1).

### Marktsozialistische Konzepte nach 1989 – John E. Roemers Aktionärssozialismus

Der Schock über den Zusammenbruch des sozialistischen Machtblocks traf die Linke im Osten und Westen schwer und führte mitunter zu ideologischen Lagerwechseln und der Suche nach neuen politischen Theorien oder ökonomischen Modellen. Ein Aspekt dieser Suche nach linken Konzepten für die Zukunft war der Rückgriff auf die marktsozialistische Debatte. Bei gleichzeitiger Ablehnung der freien kapitalistischen Marktwirtschaft und der Kommandowirtschaft in Kombination mit politischer Unterdrückung blieb für viele Linke nur ein Dritter Weg als letzte Hoffnung. Auch in Deutschland gab es, während die Idee des Marktsozialismus sonst hauptsächlich im angelsächsischen Raum stark ist, entsprechende Entwürfe.

„Die Alternative zu autoritärem Staatssozialismus und kapitalistischer Gesellschaftsordnung besteht in der Verknüpfung von demokratisierten Wirtschaftsunternehmen, gesamtgesellschaftlicher Steuerung und sozialstaatlicher Regulierungspolitik. Die politische Blockade innerhalb der Lin-

ken gründet auf einer unhaltbaren Gleichsetzung von kapitalistischer Konkurrenz und Markt“ (Bischoff/Menard 1990: 11).

Unter dem Titel Marktsozialismus wurden zu Beginn der 1990er Jahre verschiedenste Modelle diskutiert, die in ihrer jeweiligen Akzentsetzung zwischen Markt und zentraler Steuerung sehr unterschiedlich ausfielen<sup>8</sup>. Eines der neueren Modelle stammt von dem US-amerikanischen Ökonomen John E. Roemer. Sein Konzept eines Manager-Marktsozialismus wird im Folgenden als Beispiel für die Debatte der Gegenwart dargestellt.

Roemers Vorschlag für ein marktsozialistisches Modell nimmt von Beginn an – wie alle anderen TheoretikerInnen des Marktsozialismus seit dem Ende des realen Sozialismus in der UdSSR – eine äußerst defensive Position ein.

„Die Argumentation für eine sozialistische Ökonomie erfordert meiner Meinung nach die Revision einiger traditioneller Ansichten darüber, was den Sozialismus ausmacht. Mit Sicherheit ist das sowjetische Modell einer sozialistischen Gesellschaft tot, doch das bedeutet nicht, dass andere, bisher nicht erprobte Formen des Sozialismus ebenfalls begraben werden sollten“ (Roemer 1994: 1).

Während 60 Jahre vorher, in den 1930er Jahren, Sozialismuskritiker wie Friedrich A. Hayek angesichts der expandierenden sowjetischen Ökonomie ihre Anfechtung der Effizienz und Rationalität der sozialistischen Wirtschaft aus einer sehr defensiven Position heraus zu rechtfertigen hatten, hat sich seit 1989 die Situation in ihr Gegenteil verkehrt. Die Geschwindigkeit, mit welcher ehemalige Sozialisten zu Apologeten des freien Marktes wurden, ist wahrlich erstaunlich und lässt sich nur als eine Folge der tiefen Erschütterung der Linken angesichts der ökonomischen, politischen und ideologischen Degeneration des Realsozialismus verstehen (wenn man von politischem Opportunismus einmal absieht).

Roemer versteht sich selbst als radikalen Verfechter des Egalitarismus, wobei er mit Nachdruck betont, dass er unter Gleichheit die Gleichheit von Chancen versteht. Dieses Verständnis von Gleichheit überträgt er auch auf seine Sozialismusdefinition. Er operationalisiert die angestrebten Ziele des Sozialismus, indem er drei Punkte festhält: „Ich glaube, was Sozialisten wollen, ist Chancengleichheit für: (1) Selbstverwirklichung und Wohlfahrt, (2) politischen Einfluss und (3) sozialen Status“ (Roemer 1994: 11).

Auf dieser ‚Sozialismus‘-Definition aufbauend entwirft Roemer das Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, in welcher profitorientierte Firmen von Managern geleitet werden, während die Aktienanteile auf eine große Anzahl von Eigentümern verteilt sind.

Beim Eintritt ins Erwachsenenalter sollen alle Bürger von der Regierung Coupons erhalten, mit denen für den jeweiligen Betrag Aktienanteile erworben bzw. in

8 Eine unvollständige Auswahl der marktsozialistischen Theoretiker in den 1990er Jahren und später: Alec Nove, David Miller, Jacques Drèze, Marc Fleurbaey, Thomas Weisskopf, Pranab Bardhan, Fred Block, Joshua Cohen, Joel Rogers.

Fonds angelegt werden können, wodurch die gesamte erwachsene Bevölkerung an den Gewinnen der privaten Unternehmen beteiligt wird. „Da jeder Erwachsene dasselbe Quantum an Coupons erhalten wird und diese nicht an andere abtreten kann, wird sich eine gleichmäßigere Verteilung der Profite einstellen. Diese Angleichung soll mehrere positive soziale Auswirkungen haben: die Verringerung öffentlicher Probleme wie Umweltverschmutzung und Krieg; die verbesserte Chancengleichheit für politischen Einfluss; und die Hebung des Lebensstandards der Ärmsten der Gesellschaft“ (Satz 1996: 77, über Roemers Modell).

Während die von der Regierung ausgegebenen Gutscheine also nicht in echte Währung umtauschbar sind (wodurch nach Roemer die Konzentration der Aktienanteile und somit der Profite in den Händen der ohnehin schon Reichen verhindert werden kann), können sie beliebig gegen andere Firmenanteile getauscht werden. Auf diese Weise wird ein echter Aktienmarkt simuliert, obwohl es sich bei den Gutscheinen nicht um richtiges Geld handelt.

„Wenn Banken sehen, dass der Preis der Couponanteile einer Firma fällt, ist das ein Zeichen dafür, dass die Investoren die Firma schlecht bewerten, und folglich wird die Bank das Management stärker kontrollieren. Das Couponportfolio aller Personen geht beim Tod wieder in das öffentliche Eigentum über und wird an die nächste Generation Erwachsener anteilmäßig ausgegeben. Auf diese Weise funktioniert das Gutscheinsystem als Mechanismus, um den Menschen während ihrer Lebenszeit den entsprechenden Anteil an den gesellschaftlichen Profiten zukommen zu lassen, während gleichzeitig die guten Eigenschaften des Aktienmarktes als ein Mittel, um Risiken abzuschätzen und Firmen zu kontrollieren, genutzt werden“ (Roemer 1994: 50).

Die Egalisierung der Einkommensunterschiede durch die Teilhabe aller an den Unternehmensprofiten soll nach Roemer ergänzt werden durch ein stark ausgebauten Bildungssystem, das den Kindern aus ärmeren Schichten eine bessere Zukunft und bessere Chancen ermöglichen soll, sowie eine Reihe wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen wie die Umverteilung über Steuern usw.

Als den zentralen Vorteil seines marktsozialistischen Modells sieht Roemer, „dass es vermutlich die geringste Veränderung des derzeit existierenden Kapitalismus bedeutet und aus diesem Grund vielleicht die größte Wahrscheinlichkeit hat, genauso effizient zu funktionieren wie der Kapitalismus“ (Roemer 1994: 51). Roemer betont, er wolle kein utopisches Modell entwerfen, das nur auf der Grundlage eines neuen, sozialistischen Menschen funktionieren könne. Er wolle davon ausgehen, wie der Mensch heute sei und ein ihm entsprechendes Gesellschaftsmodell erarbeiten. Dabei nimmt er die sozialen Verhaltensweisen der Menschen als unveränderlich und quasi naturgegeben an. Die Möglichkeit bzw. Funktionsfähigkeit seines von Managern geleiteten Marktsozialismus leitet Roemer direkt aus der Funktionsweise kapitalistischer Unternehmen ab<sup>9</sup>.

„Die Profite einer [kapitalistischen, K.G.] Firma werden auf viele Eigentümer aufgeteilt, von denen nur wenige oder keiner eine direkte Kontrolle über die Entscheidungen hat, welche die Pro-

9 Somit reduziert sich der Unterschied zwischen kapitalistischen und (markt-)sozialistischen Unternehmen in Roemers Modell auf die Anzahl der Aktionäre.

fitabilität beeinflussen, und die großteils keine Verantwortung für die Erfolge und Fehlschläge der Firma tragen. Mit anderen Worten: die Firmen werden von beauftragten Agenten geleitet, woraus geschlossen werden kann, dass diese beauftragten Agenten auch in einer sozialistischen Ökonomie Firmen leiten könnten, wo Profite noch breiter gestreut wären als im Kapitalismus. Die im Kapitalismus entstandenen (oder entwickelten) Mechanismen zur Kontrolle der Eigentümer über das Management können ohne Weiteres in ein sozialistisches System übertragen werden“ (Roemer 1994: 5).

Die gleichmäßigere Verteilung von Reichtum aufgrund der Beteiligung aller an den Aktienanteilen der großen Unternehmen reicht laut Roemer aus, um seine anfangs definierten Ziele (Chancengleichheit in Bezug auf Selbstverwirklichung und Wohlfahrt, politischen Einfluss und sozialen Status), die er für die Ziele „der Sozialisten“ hält, zu erreichen. Was Roemer, wie weiter oben angeführt, für den Vorteil seines Modells hält – die geringfügige Änderung am Status quo der kapitalistischen Gesellschaftsordnung –, gerät ganz eindeutig in Konflikt mit sozialistischen Grundprinzipien, wenn es um die Rolle der Arbeiter und Arbeiterinnen geht. „Obwohl die Einkommen viel gleichmäßiger verteilt wären, würde sich an der Beziehung der Arbeiter zu ihren Firmen nicht sehr viel ändern“ (Roemer 1994: 50f.). Das bedeutet, die hierarchische Beziehung zwischen Beschäftigten und Unternehmensleitern bliebe bestehen.

Der Grund, warum Roemer sein Konzept einer manager- und bankengeleiteten Gesellschaft von Kleinaktionären dennoch als Marktsozialismus bezeichnen kann, ist die völlige Unklarheit, die großteils (vor allem auch in der Linken) über den Begriff – die theoretischen Positionen, die Methoden und Strategien sowie das Subjekt – des Sozialismus herrscht. Während die sozialistische Bewegung jahrzehntelang in einen reformerisch-sozialdemokratischen Flügel und einen marxistisch-leninistischen Flügel gespalten war, ist diese Zweiteilung mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den Hintergrund getreten. Wie zur Entstehungszeit der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert tummeln sich unter dieser Bezeichnung allerlei Theoretiker, Aktivisten, Organisationen, Parteien usw. Die ideologische Spannweite reicht dabei bis zu im Grunde liberalen Positionen. Roemer, der diesem Lager zuzurechnen ist, kann deshalb auch soweit gehen, die zentrale Forderung der meisten anderen ‚sozialistischen‘ Strömungen – das gesellschaftliche Eigentum an den (wichtigsten) Produktionsmitteln und die Kontrolle der Beschäftigten über diese – in seinem marktsozialistischen Konzept auszuklammern. Damit radikalisiert Roemer die Idee des Marktsozialismus in bis dato neuem Ausmaß. Dass er selbst diese zu erwartende Kritik in seinem Werk *A Future For Socialism* vorwegnimmt, kann aus meiner Sicht dennoch nicht überzeugend erklären, weshalb sein Konzept als marktsozialistisch und damit nicht-kapitalistisch bezeichnet werden sollte.

„Einige Sozialisten – und viele Marxisten – werden vehement bestreiten, dass ich hier tatsächlich dargestellt habe ‚was Sozialisten wollen‘<sup>10</sup>. Sie werden sagen, ihnen ginge es um das Ende eines

10 Chancengleichheit in Bezug auf Selbstverwirklichung und Wohlfahrt, politischen Einfluss und sozialen Status.



Systems, in welchem sich eine kleine kapitalistische Klasse den Mehrwert aneignet, den die Arbeiter geschaffen haben und der rechtmäßig ihnen gehört – das wäre das Ende der Ausbeutung. Sie werden sagen, meine formulierten Ziele seien ein liberales Egalitarismus-Credo und kein sozialistisches – oder marxistisches. In früheren Schriften habe ich argumentiert, dass die ethische Verurteilung des Kapitalismus, die als Grundlage der marxistischen Anklage von Ausbeutung herangezogen werden sollte, in Wirklichkeit auf der ungerechten Verteilung der Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln basiert. Aus diesem Grund verstehe ich die egalitaristische Philosophie, wie ich sie hier betrieben habe, nicht als Alternative zu Marx' Theorie der Ausbeutung, sondern als eine Komponente, die jene Theorie ethisch überzeugend macht“ (Roemer 1994: 15).

## Die Verwirklichung des Marktsozialismus im 21. Jahrhundert?

Infolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise rückte gegen Ende des Jahres 2008 die Frage der Marktfreiheit verstärkt in den Mittelpunkt der medialen und wirtschaftswissenschaftlichen Auseinandersetzungen. Dabei wurde die von den meisten Regierungen geförderte Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte von US-amerikanischen ultraliberalen Kritikern sogar als „sozialistisch“ bezeichnet. Mehrere Banken und Investmentunternehmen wurden in den USA sowie in Europa verstaatlicht, die Rettung der daniederliegenden Automobilbranche wird zur Regierungssache.

Somit sind wir im 21. Jahrhundert bei einer Wirtschaftsordnung angelangt, die staatliches mit privatem Eigentum kombiniert und in welcher staatliche Planung, Steuerung und Regulierung neben freien Märkten existieren. Es lohnt sich jedenfalls, angesichts dieser Krise die Theorien des Marktsozialismus aufzurollen und auf ihre Nützlichkeit hin zu untersuchen.

Die verschiedenen Modelle eines Marktsozialismus sind eine Kombination von zwei gegensätzlichen Prinzipien. Die von liberaler Seite vorgebrachten Argumente für die Marktwirtschaft sind eine hohe Effizienz (aufgrund der unmittelbaren Signalwirkung der Preise) bei der Deckung von Angebot und Nachfrage, die Weiterentwicklung von immer besseren und billigeren Produkten als Folge der Konkurrenz unter den Anbietern, und nicht zuletzt die Freiheit der Konsumenten, nach ihren Bedürfnissen aus einem breiten Angebot wählen zu können und durch diese Wahl eine ‚demokratische‘ Mitbestimmung auszudrücken. Im Gegensatz dazu wird die Planwirtschaft als ineffizient, korrupt und bevormundend stigmatisiert. Diese Anschuldigungen lassen sich jedoch zum Teil durch eine genauere Betrachtung der historischen Umstände und theoretischen Konzepte entkräften. In den realsozialistischen Ländern des Ostens wurde sowohl der Staatsapparat als auch die ökonomische Entscheidungsebene von einer bürokratischen Elite beherrscht, die ihre eigenen Interessen (Privilegien) verfolgte. Bei der Argumentation für eine geplante Wirtschaft ist deshalb nicht nur die Frage wichtig, wer Eigentümer der Produktionsmittel ist, sondern auch wer die Kontrolle über die Produktion innehat. Die tatsächliche Kontrolle durch die Beschäftigten – als Produzenten und Konsumenten – sowohl innerhalb des Einzelunternehmens als auch auf ge-

samtgesellschaftlicher Ebene (etwa in der Form demokratischer Räte) kann den Mechanismus der Marktpreise ersetzen und auf diese Weise eine sozialistische Gesellschaft, im Sinne einer Selbstbestimmung der Arbeiterklasse, mit effizienter Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle konstituieren.

Im Falle der jugoslawischen Ökonomie konnte man feststellen, dass infolge der am Markt ausgerichteten Profitorientierung der einzelnen Unternehmen im Rahmen eines ‚Konkurrenzsozialismus‘ negative Effekte auftraten, welche der Marktsozialismus mit dem Kapitalismus gemeinsam hat: So kam es zu einer immer stärkeren Hierarchisierung der innerbetrieblichen Strukturen, die etwa Rob Lyon als Konsequenz des ausgeprägten Firmenwettbewerbs betrachtet. Ein weiteres massives Problem war die hohe Arbeitslosigkeit, die als Folge der Benachteiligung beschäftigungssuchender Arbeiter erschien und die angesichts der fehlenden Vollbeschäftigungspolitik der Regierung höher war als in vielen westlichen Wohlfahrtsstaaten.

In Ungarn führte die Kombination von zentraler staatlicher Steuerung und managergeleiteten, marktorientierten Betrieben zu einer starken Bürokratisierung, die wiederum die wirtschaftliche Effizienz des Systems unterminierte.

Bei der Darstellung des marktsozialistischen Modells von John E. Roemer zeigte sich besonders stark jener kompromisshafte Charakter, von dem bereits zu Beginn des Artikels die Rede war. Was Roemer als Sozialismus bezeichnet, unterscheidet sich kaum von liberalen Forderungen. Eine Gesellschaft, in der es keine politischen Assoziationen gibt, in der vielmehr alle in Konkurrenz zueinander stehen, kann m. E. nicht als sozialistisch bezeichnet werden.

Hinzu kommt die Ausblendung gewichtiger Probleme in vielen marktsozialistischen Konzepten. Märkte gelten trotz offensichtlicher Fehlentwicklungen als die effizienteste Möglichkeit, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen – dies ist im Jahr 2009 angesichts des fundamentalen Versagens der internationalen Finanzmärkte wenig plausibel.

Die Preisbildung an kapitalistischen Märkten entspricht einem Trial-and-Error-Verfahren und nicht der Bedarfsorientierung. Es kann nur das abgesetzt werden, wofür genug Kaufkraft vorhanden ist. Durch die Konkurrenz der Kapitalien in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie der Produktinnovation werden außerdem gesellschaftliche Ressourcen in großem Maßstab verschwendet. Durch die Aufhebung der kapitalistischen Konkurrenz (und dies impliziert auch die marktsozialistische Konkurrenz) und eine zentrale demokratische Steuerung der Produktion könnten die verschwendeten Ressourcen sinnvoll in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Erklärtes Ziel marktsozialistischer Theoretiker ist die Kombination der jeweils positiven Effekte von Märkten und staatlicher Steuerung und somit die Herstellung eines Dritten Weges. Ist die ‚Freiheit‘ des Marktes in einem Modell sehr stark ausgeprägt, so beschränkt sich das ‚sozialistische‘ Moment oftmals auf eine grundsätzliche makroökonomische Steuerung des Staates. Der Unter-

schied zum kapitalistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit wird marginal. Hingegen kann eine Ökonomie oder Gesellschaft nicht als sozialistisch bezeichnet werden, in welcher Arbeitnehmer um Arbeitsplätze konkurrieren und einzelne Unternehmen privates Kapital in ihre Forschung und Produktion investieren mit dem klaren Ziel, das eigene Kapital zu vermehren und sich den Profit privat anzueignen.

Aus meiner Sicht (darin folge ich McNally 1993) geht es bei der Debatte über den Marktsozialismus nicht wirklich um verschiedene Mechanismen zur Steigerung der Effizienz und Innovationsfähigkeit innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft, sondern um das eigentliche Verständnis von Sozialismus.

„Die Logik des modernen Markt-Kultes ist durch und durch antisozialistisch. Wenn der Markt wirklich die Lösung ist [...], dann sind der Sozialismus sowie der Marxismus am Ende. Die Wahl, vor der wir stehen, lautet deshalb: Sozialismus oder Markt“ (McNally 1993: 2).

## Literatur

- Bergmann, Theodor (1996): *Auf dem langen Marsch: Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft*, VSA Verlag, Hamburg.
- Bischoff, Joachim (2007): *Neoliberalismus in China? Oder „Sozialistische Marktwirtschaft“?*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus (10), Hamburg.
- Bischoff, Joachim; Menard, Michael (1990): *Marktwirtschaft und Sozialismus*, VSA-Verlag, Hamburg.
- Brus, Włodzimierz; Łaski, Kazimierz (1990): *Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem*, Metropolis-Verlag, Marburg.
- Giesbrecht, Andreas (1987): *Die Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft und die ungarische Wirtschaftsreform. Darstellung, Kritik, Vergleich*, Diss., Hartung-Gorre Verlag, Konstanz.
- Hayek, Friedrich August von (1937): Economics and Knowledge, in: *Economica*, Vol. 4 (Feb. 1937), New Series, 33-54, Blackwell Publishing, London.
- Hayek, Friedrich August von (1945): The Use of Knowledge in Society, in: *American Economic Review*, Vol. 35, Nr. 4, September, 519-530, <http://www.econlib.org/library/Essays/hykKw1.html>
- Hayek, Friedrich August von (Hg.) (1947): *On Collectivist Economic Planning. Critical Studies on the Possibilities of Socialism*, Routledge, London.
- Herrmann-Pillath, Carsten (1995): *Marktwirtschaft in China. Geschichte - Strukturen - Transformationen*, Leske + Budrich, Opladen.
- Komai, János (1990): The Road to a Free Economy: Shifting from a Socialist System. The Example of Hungary, in: Alec Nove; Ian D. Thatcher (Hg.) (1994): *Markets and Socialism*, Elgar, Aldershot/Hants, 405-431.
- Lange, Oskar (1936/37, 1948): On the Economic Theory of Socialism, in: Lippincott, Benjamin E. (Hg.) (1948): *On the Economic Theory of Socialism*, University of Minnesota Press, Minneapolis.
- Leipold, Helmut (Hg.) (1975): *Sozialistische Marktwirtschaften. Konzeptionen und Lenkungsprobleme*, Verlag C.H. Beck, München.
- Lerner, Abba (1934): Economic Theory and Socialist Economy, in: *Review of Economic Studies*, Bd. 2, Oktober, 51-61.
- Lyon, Rob (2006): *Workers' Control and Nationalization*, <http://www.marxist.com/workers-control-nationalization-part1.htm> (10.02.2009):
- Marx, Karl (1847): *Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“*, in: MEW Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin, 63-182.
- McNally, David (1993): *Against the Market. Political Economy, Market Socialism and the Marxist Critique*, Verso, London/New York.

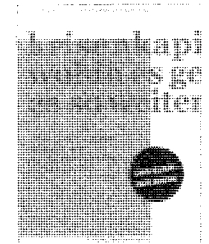
- Mises, Ludwig von (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 47. Jg., 86-121, [http://docs.mises.de/Mises/Mises\\_Wirtschaftsrechnung.pdf](http://docs.mises.de/Mises/Mises_Wirtschaftsrechnung.pdf) (29.4.2009).
- Mises, Ludwig von (1922/2007): *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Lucius & Lucius, Stuttgart.
- Peters, Arno (2000): *Was ist und wie verwirklicht sich Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse*, Verlag Neues Leben, Berlin.
- Pierson, Christopher (1995): *Socialism after Communism. The New Market Socialism*, The Pennsylvania State University Press, University Park Pennsylvania.
- Proudhon, Pierre-Joseph (1846): *System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends*, Hg. von Lutz Roemheld und Gerhard Senft, Karin Kramer Verlag, Berlin 2003.
- Roemer, John E. (1994): *A Future For Socialism*, Verso, London.
- Satz, Debra (1996): Status Inequalities and Models of Market Socialism, in: John E. Roemer (Ed.): *Equal Shares. Making Market Socialism Work*, The Real Utopias Project, Vol. II, Verso, London/New York, 71-92.
- Wagenkecht, Sahra (2004): *Alo Presidente. Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft*, Edition Ost, Berlin.

## Reihe 21 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dieter Klein

### Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht

Zwei Fragen werden in der ersten Publikation einer neuen Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung behandelt, deren Gegenstand mögliche Zukünfte in den nächsten Jahrzehnten sind. In welcher Gesellschaft leben wir heute? Und wohin geht es, wenn es so weiter geht? »Wenn es so weiter geht« werden verschiedene Varianten des Neoliberalismus zur Verschärfung ungelöster globaler Großprobleme führen. Das wird eindringlich beschrieben. Nicht auszuschließen ist eine Zukunft weitgehender Entzivilisierung des Kapitalismus. Aber was sollte die zentrale geistig-politischen Botschaft der Linken sein, die sich als tragend für emzipatorischen Alternativen erweisen könnte? Der Autor unterbreitet sein Angebot dafür.



274 Seiten, Broschur  
Karl Dietz Verlag  
Berlin 2009, 19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02165-8

#### Bestellungen über:

- ☒ Buchhandel
- ☒ Karl Dietz Verlag Berlin, E-Mail: [info@dietzberlin.de](mailto:info@dietzberlin.de)
- ☒ Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel.: 030 44310-123, E-Mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)